

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Senior-Blumenberg-Gang 1 30159 Hannover

Bundesminister des Auswärtigen
Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier
Auswärtiges Amt

11013 Berlin

**REGIONSVERBAND
HANNOVER**

**Frauke Patzke
Stefan Körner**
Vorsitzende

Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
Tel: +49 (511) 300 88 66
Fax: +49 (511) 300 89 66
region@gruene-hannover.de

Hannover, 10. April 2014

**Offener Brief des Regionsverbandes Hannover von Bündnis
90/Die Grünen an Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier
zur Lage im Sudan und dem Umgang deutscher Behörden mit
sudanesischen Flüchtlingen**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Steinmeier,

wir wenden uns an Sie, weil wir durch die erschreckenden Berichte mehrerer Sudanesischen und Sudanesen, die als Flüchtlinge in die Region Hannover gekommen sind, menschlich aufgerüttelt und politisch empört sind über das Schicksal dieser Menschen in ihrer ehemaligen Heimat und was Sie nun als Flüchtlinge hier erleben müssen. An beiden Schauplätzen ist nicht zuletzt die Einschätzung und das Handeln der deutschen Außenpolitik, deren Richtlinien Sie bestimmen, ein wichtiger Gestaltungsfaktor. Wir möchten Sie dringend bitten, aufgrund der im Folgenden dargelegten Missstände, die uns von den sudanesischen Flüchtlingen als Betroffene glaubwürdig dargestellt wurden, die Haltung der deutschen Außenpolitik gegenüber dem Sudan und damit in der Ableitung auch des deutschen Staates gegenüber sudanesischen Flüchtlingen sehr grundsätzlich zu überdenken und neu auszurichten.

Wir beziehen uns dabei auch auf die UN Resolutionen 2138 vom 13.02.2014 und die Haftbefehle des Internationalen Gerichtshofes Nr. ICC-02/05-01/09 vom 4.03.2009, und ICC-02/05-01/09 vom 12.07.2010 gegen den Regierungschef Omer Hassan Ahmed Al Bashir sowie weitere internationale Haftbefehle gegen führende Regierungspolitiker und Militärs wie Abdel Raheem Muhammed Hussein und Ali Kushayb. Auch nach dem Bericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte ist die Situation der Menschen im Sudan durch Willkür und Gewalt, ausgeübt auch und insbesondere von Repräsentanten der Regierung und der Verwaltung, geprägt. So wurden z.B. im September vorigen Jahres bei einer friedlichen Demonstration in der Hauptstadt Khartoum mehr als 150 Studenten und Jugendliche von Sicherheitskräften der Regierung getötet.

Im Sudan bestehen bewaffnete Konflikte seit 1955 bis heute, und die Zahl der Konfliktherde und das Ausmaß der Gewalt und Willkür gegen die Zivilbevölkerung hat auch in den letzten Jahren trotz der „Zwei-Staaten-Lösung“ eher zu- als abgenommen. Aktuell bestehen neben der

fortbestehenden Krisensituation zwischen Nord- und Süd-Sudan bewaffnete Konfliktherde in Süd Kordofan, am blauen Nil, im Bereich Abyaii und in Dafur. Als aktuelle neue bewaffnete Auseinandersetzung kam der Streit zwischen dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten des Süd-Sudan vor wenigen Monaten noch hinzu.

Obwohl damit offenkundig ist, dass das Leben für die Menschen im Sudan weder sicher ist noch dass das Staatshandeln nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten organisiert oder demokratisch legitimiert ist, wird dies weder durch eine eindeutige kritische und distanzierte Haltung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Sudanesischen Staaten sanktioniert. Des Weiteren finden diese Umstände keine Berücksichtigung bei der Haltung deutscher Behörden gegenüber sudanesischen Flüchtlingen, die hier bei uns vor den unhaltbaren Zuständen in ihrer Heimat Zuflucht suchen.

Sehr geehrter Herr Minister Steinmeier, wir bitten Sie daher dringend:

- Beenden Sie die Zusammenarbeit mit dem sudanesischen Unrechtsregime und setzen Sie sich zusammen mit der europäischen Gemeinschaft für die Verfolgung der international gesuchten politischen Verbrecher in Regierungsämtern ein.
- Nutzen Sie den Einfluss der deutschen Regierung, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen, um politischen Druck auf die Regierungen in den sudanesischen Staaten auszuüben, damit die Kriegshandlungen eingestellt werden und ein Wandel hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingeleitet wird.
- Unterstützen Sie bis zur Umsetzung dieser dringend notwendigen Veränderungen im Sudan die Flüchtlinge aus dem Sudan, die auf der Suche nach Sicherheit und Hilfe in unser Land kommen, bei ihren Bemühungen Asyl zu erhalten.

Wir hoffen, bei Ihnen Verständnis und politische Unterstützung zu erhalten!

Mit freundlichen Grüßen

Frauke Patzke
Vorsitzende Regionsverband Hannover

Stefan Körner

Sven Christan Kindler, MdB

Belit Onay, MdL

Unsere sudanesischen Mitglieder: